

InvestNews

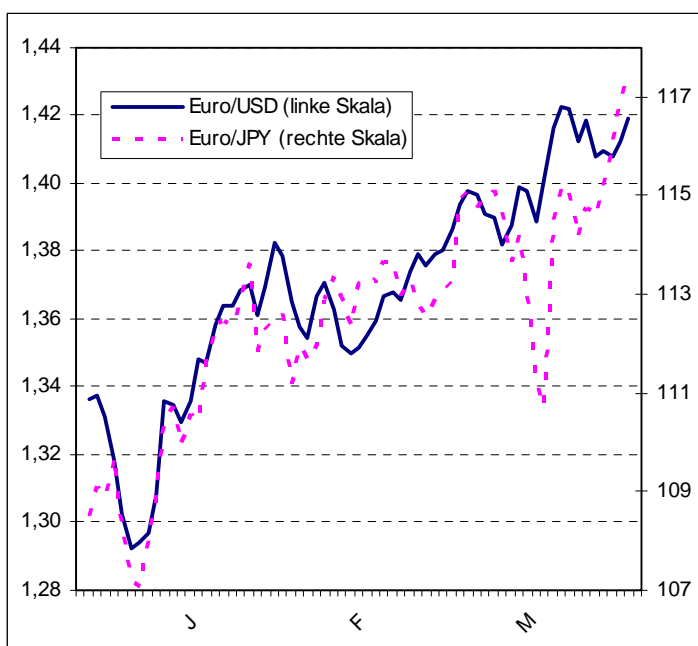
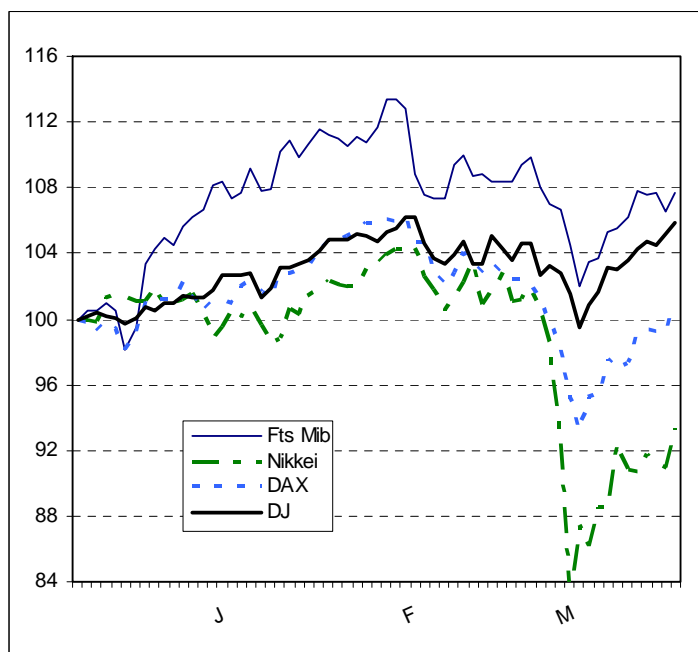
Nr. 04/2011

April 2011

Einen sehr bewegten Monat haben die internationalen Finanzmärkte hinter sich. Anfangs noch von guten Konjunkturdaten eher positiv gestimmt, trübte die Krise in Nordafrika sowie eine überraschende Zinswende der EZB schnell die Stimmung. Die Angst über ein Ausweiten der Krise in Nordafrika, ein damit verbundener hoher Ölpreis und die erneute Diskussion um die Euro-Schuldenkrise haben bereits vor Monatsmitte zu Gewinnmitnahmen an den internationalen Aktienmärkten geführt. Mehrheitlich gute Konjunkturdaten traten dabei in den Hintergrund und wurden kaum berücksichtigt. Für noch mehr Unsicherheit sorgte dann schließlich die Katastrophe in Japan. Nach dem schweren Erdbeben und dem anschließenden Tsunami geriet die Lage in dem havarierten Atomkraftwerk Fukushima außer Kontrolle. Der Nikkei-Index gab zunächst stark nach, konnte sich aber im weiteren Verlauf etwas erholen. Die Kursverluste in Europa und in den USA fielen hingegen vergleichsweise moderat aus. Ungeachtet der angespannten Lage in Fukushima nutzten Investoren die ermäßigten Kurse zum Einstieg.

An den europäischen und amerikanischen Märkten spielten die Nachrichten aus Japan sowie die eher schwach ausgefallenen US-Konjunkturdaten eine zunehmend untergeordnete Rolle. Auch die Zuspitzung der Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika wurde ausgeblendet. Eine internationale Koalition – angeführt von den USA, Frankreich und Großbritannien – hatte am 19. März mit Luftschlägen gegen den libyschen Diktator Gaddafi begonnen.

Mehr Beachtung fanden in Folge die Unternehmensdaten und diese halfen, da vornehmlich positiv ausgefallen, den Aktienmärkten zu neuen Aufschwüngen, sodass diese wieder auf Stände vor den jüngsten Krisen zurückfanden. Rating-Herabstufungen und hohe Risikoaufschläge prägen hingegen das Bild an den Anleihenmärkten. Die Renditen erreichten neue Jahreshöchststände und Anfang April rechnen Marktteilnehmer auch mit der ersten Leitzinserhöhung in Europa seit fast zwei Jahren.



Anlagebetrug hat Hochkonjunktur

Das Bundeskriminalamt und die Verbraucherschützer in Deutschland warnen vor einer starken Zunahme des Anlagebetrugs. Vor allem organisierte Tätergruppen werden dabei immer zahlreicher.

Kapitalanlagebetrug ist heute weiter verbreitet als je zuvor. Das besagt eine Studie, die das Bundeskriminalamt mit Unterstützung der Europäischen Union erstellt hat. Nach einem kurzfristigen Absinken der Anzahl bekannt gewordener Fälle, sind die Zahlen seit drei Jahren wieder deutlich ansteigend. Die Schadenshöhe wächst dabei sogar überproportional schnell. Die polizeiliche Kriminalstatistik nennt eine Schadenssumme von über 750 Mill. Euro pro Jahr, die in Ermittlungsverfahren bekannt geworden ist. Verbraucherverbände schätzen die tatsächliche Schadenshöhe auf über 20 Mrd. Euro - genaue Statistiken gibt es nicht.

"Die Zahl der nicht gemeldeten Fälle von Anlagebetrug ist immer noch sehr hoch", sagt Hermann Liebel, Direktor des Forschungsinstituts zur Wirtschaftskriminalität im Praxisforum an der Universität Bamberg. "Viele Opfer zeigen den Betrug nicht an, weil sie Schwarzgeld angelegt haben. Andere schämen sich und gehen deswegen nicht zur Polizei", erklärt er. Dennoch würden immer mehr Opfer Anzeige erstatten. Liebel führt dies darauf zurück, dass die Anlegerschützer immer wieder darauf hinweisen, dass es dadurch eine Chance gibt, das Geld zurück zu bekommen.

"Leider ist die Aufdeckungsrate bei Kapitalanlagebetrug relativ gering", sagt Klaus Nieding, Rechtsanwalt beim Deutschen Anlegerschutzbund (DASB). Organisierte Verbrecher würden nach einem Betrug schnell das Weite suchen und an einem andern Ort unter neuem Namen wieder aktiv werden. "Wenn aber ein Unternehmen noch existiert, ist die Chance hoch, dass wir für unsere Mandanten das Geld zurückbekommen. Die schlechteste Quote waren dabei bisher 33 Prozent des eingesetzten Kapitals", sagt Anlegerschützer Nieding.

Mit einem Rückgang der Betrugsfälle rechnet zur Zeit keiner der Experten. "Betrüger haben immer Hochkonjunktur. In guten Börsenzeiten profitieren sie vom gesteigerten Interesse der Anleger an Finanzanlageprodukten. Umgekehrt nutzen die Gauner in der Baisse die Angst der Bürger vor Aktien und bieten andere Investmentmöglichkeiten an", sagt Nieding.

Zunehmend mehr sind hinter den auffällig werdenden betrügerischen Anlageberatern Gruppierungen der organisierten Kriminalität zu beobachten, heißt es in der Studie des BKA. "Oft stecken Gruppen von zehn bis zwanzig Tätern dahinter, die ganz gezielt vorgehen", konnte auch der Rechtsanwalt Nieding feststellen. Die Betrüger gehen sehr raffiniert vor und zeichnen sich meist durch eine hohe rhetorische Kompetenz aus. Einfallsreiche Tricks wie das Abspielen von Tonbändern, die Börsengeräusche im Hintergrund eines Telefongesprächs simulieren, gehören genauso zu den Methoden der Betrüger, wie das Androhen von Gewalt. "Ich habe zahlreiche Anrufe von solchen Schurken erhalten, die mich und meine Familie bedroht haben", berichtet Nieding.

Und der Variantenreichtum bei betrügerischen Offerten nimmt weiter zu. Die neueste Masche, berichtet Universitätsprofessor Liebel, sei das Vorgaukeln einer Erbschaft. "Deutsche Staatsbürger werden darüber informiert, sie hätten eine millionenschwere Erbschaft von einem entfernten Verwandten in Afrika gemacht. Um das Erbe in Anspruch nehmen zu können, müsse aber eine fünfstellige Vorauszahlung getätigt werden. Von diesem Geld sehen die vermeintlichen Erben aber nie einen Cent wieder", sagt Liebel.

Betroffene lassen sich in allen Bevölkerungsschichten finden - vom Universitätsprofessor bis hin zum Rentner. "Oft sind auch Freiberufler wie Ärzte oder Anwälte betroffen, weil diese wenig Zeit für die Geldanlage haben", erklärt Nieding. Laut der Studie lässt sich aber ein Trend hin zu finanziell weniger gut gestellten Anlegern erkennen. Geschädigte können sich an das DASB wenden und in dem Archiv über unseriöse Firmen schnell Auskunft erhalten. Tipps zu Vorsichtsmaßnahmen gegen Betrüger gibt es zudem auf der Internetseite der Polizeilichen Kriminalprävention, hier kann auch die aktuelle Broschüre zum Thema Anlagebetrug bestellt werden.

Quelle: Handelsblatt

Was aus 100.000 Euro seit 01.01.2010 wurde



Europäische Aktien

99.906,01

-4,81% / -5050,81€ zum Vormonat



US-Aktien

120.079,29

-2,91% / -3594,69€ zum Vormonat



Weltweit Aktien

115.380,96

-4,01% / -4816,62€ zum Vormonat



Technologie-Aktien

119.731,40

-1,28% / -1555,95€ zum Vormonat



Japanische Aktien

105.065,07

-11,80% / -14062,32€ zum Vormonat



Aktien EM

119.508,87

2,73% / 3177,67€ zum Vormonat



Europäische Anleihen

100.015,92

-0,68% / -683,05€ zum Vormonat



Sparbuch-Euribor 3M

101.416,94

0,10% / 101,19€ zum Vormonat



US-Dollar

100.993,66

-2,80% / -2914,41€ zum Vormonat



Japanischer JPY

113.588,02

-3,95% / -4668,69€ zum Vormonat



Goldpreis - London

131.404,29

-1,47% / -1962,77€ zum Vormonat



Immobilien Italien

100.566,47

0,19% / 188,82€ zum Vormonat

Aufstellung Obligationen mit verschiedenem Risiko/Ertrag-Profil

Beschreibung	ISIN	Fälligkeit	Zinsen	nominal	Preis vom 07.04.2011	Brutto-Rendite	Quelle Bloomberg Rating S&P
BEI 2,5% 2015	XS0495347287	15.07.2015	fix	2,500	98,25	2,94	AAA
KFW 2,25% 2015	DE000A1DAMJ6	10.04.2015	fix	2,250	97,85	2,82	AAA
GE Capital 4,625% 2014	XS0195116008	04.07.2014	fix	4,625	103,60	3,42	AA+
Deutsche Bahn 4,25% 2015	XS0171904583	08.07.2015	fix	4,250	104,51	3,09	AA
France Telecom 6,625% 2010	XS0365092872	22.05.2014	fix	5,250	106,52	3,02	A-
BMW Finance NV 6,125	XS0415007789	02.04.2012	fix	6,125	103,95	1,97	A-
Endesa 5,375% 2013	XS0162878903	21.02.2013	fix	5,375	104,46	2,87	A-/*-
Volkswagen 4,875% 2013	XS0168882495	22.05.2013	fix	4,875	104,63	2,59	A-
Renault RCI 2,625 2012	XS0502067423	23.07.2012	fix	2,875	100,42	2,53	BBB
British Telecom 7,375% 2011	XS0210318795	19.01.2015	fix	4,000	102,49	3,28	BBB+
Lufthansa 4,625% 2013	DE000A0JQA39	06.05.2013	fix	4,625	104,09	2,56	BBB-
KPN 4% 2015	XS0222766973	22.06.2015	fix	4,000	101,67	3,56	BBB+
Renault S.A. 6,0% 2014	FR0010809236	13.10.2014	fix	6,000	105,38	4,30	BB+
Fresenius Fin. 5% 2013	XS0240918218	31.01.2013	fix	5,000	103,95	2,73	BB

So funktioniert der Euro-Krisenfonds

Überraschend schnell haben sich die EU-Finanzminister auf die Regeln für den endgültigen Euro-Krisenfonds, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), geeinigt. Er wird den jetzigen, ursprünglich auf drei Jahre befristeten Hilfsmechanismus EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) Mitte 2013 ablösen.

Kapitalstruktur: Der ESM erhält eine Kapitalbasis von 700 Milliarden Euro. Das ist notwendig, damit der Fonds wie beschlossen 500 Milliarden Euro verleihen kann. Die Ratingagenturen haben Sicherheiten verlangt, um dem ESM das erwünschte Top-Rating (AAA) zu verleihen. Besonders wichtig dafür war, dass die Euro-Staaten in den ESM 80 Milliarden Euro bar als Grundkapital einzahlen. Der ESM-Vorgänger EFSF hat keine solchen Bareinlagen erhalten. Von den 80 Milliarden Euro soll die Hälfte bis 2013 zur Verfügung stehen, der Rest in drei Jahrestanchen bis 2016. Für die restlichen 620 Milliarden Euro stehen die Länder des Euroraums mit Garantien oder abrufbarem Kapital ein. Die Euro-Staaten müssten dieses weitere Geld (nach ihrem jeweiligen Kapitalanteil) zuschießen, wenn es zu Forderungsausfällen käme.

Lastenverteilung: Die Beiträge zum ESM werden nach einem Schlüssel ermittelt, der sich weitgehend am Kapitalschlüssel der Europäischen Zentralbank (EZB) orientiert. Vier osteuropäische Staaten haben allerdings eine Modifikation zu ihren Gunsten erreicht, weil ihr Beitrag sonst zu hoch geworden wäre. Estland hatte beispielsweise ins Feld geführt, dass es bei Gültigkeit des EZB-Schlüssels 9 Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung hätte beitragen müssen. Wegen dieses Nachlasses hat sich der deutsche Beitrag gegenüber dem EZB-Schlüssel von 27,06 auf 27,15 Prozent erhöht.

Aufteilung: Deutschland trägt 27,15%, Frankreich 20,4% und Italien 17,9% der Bareinzahlungen und des abrufbaren Kapitals oder der Garantien. Damit werden für diese drei meistzahlenden Länder Einzahlungen von 21,7, 16,3 und 14,3 Milliarden Euro fällig. Hinzu kommen 168,3, 126,4 bzw. 111,1 Milliarden Euro, für die diese Staaten mit abrufbarem Kapital oder Garantien eintreten müssen.

Budgetwirksamkeit: Die Kapitaleinzahlungen in den ESM werden laut Eurostat auf die Staatsschuld in der Maastrichter Abgrenzung angerechnet, nicht aber auf das Staatsdefizit. Das abrufbare Kapital und die Garantien werden nur dann budgetwirksam, wenn der ESM sie abrufen, um Forderungsausfälle aufzufangen.

IWF-Beteiligung: Wie bisher soll der Internationale Währungsfonds (IWF) die gesamte verfügbare Kreditsumme um die Hälfte erhöhen. Zu den ESM-Krediten von 500 Milliarden Euro sollen also weitere 250 Milliarden Euro hinzukommen.

Vergabe: Der ESM darf nur Kredite an notleidende Mitgliedsstaaten vergeben, wenn dies nötig ist, um die „Finanzstabilität des Euroraums als Ganzes“ zu sichern. Dies ist eine von der Bundesregierung durchgesetzte Formulierung. Außerdem ist die Kreditgewährung an strenge wirtschafts- und finanzpolitische Auflagen geknüpft.

Beteiligung privater Gläubiger: In allen von den Euro-Staaten von 2013 an ausgegebenen Anleihen werden sogenannte „collective action clauses“ (CAC) eingefügt. Auf Basis dieser CAC können die privaten Gläubiger, wenn ein Land zahlungsunfähig ist, eine Änderung der Zahlungsbedingungen beschließen, etwa die Laufzeit der Anleihen verlängern oder auf einen Teil der Forderungen verzichten. Das ist aber nur für den unwahrscheinlichen Fall vorgesehen, dass ein Land aufgrund einer „Schuldentragfähigkeitsanalyse“ tatsächlich als insolvent und nicht nur als illiquide eingestuft wird.

Zinsen: Die Berechnung orientiert sich an den Konditionen, die für Hilfskredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) gelten. Die Zinsen fallen damit niedriger aus als die des ESM-Vorgängers EFSF. Für Kredite bis drei Jahren Laufzeit werden auf die Beschaffungskosten 200 Basispunkte aufgeschlagen, für längere Laufzeiten werden weitere 100 Basispunkte fällig.

Vorzugsstatus: Gegenüber allen anderen Gläubigern mit Ausnahme des IWF erhält der ESM einen Vorzugsstatus. Seine Forderungen müssen also bevorzugt bedient werden.

Organisation: Der ESM soll eine neue internationale Finanzinstitution nach dem Vorbild des IWF werden. Sie wird von einem Gouverneursrat geführt, dessen 17 stimmberechtigte Mitglieder die Finanzminister des Euroraums sind. Beratend sind der EU-Währungskommissar und der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) vertreten. Das Gremium bestimmt einstimmig über die Vergabe, Höhe und Bedingungen von Finanzhilfen. Alle anderen Entscheidungen sollen mit qualifizierter Mehrheit (80 Prozent) fallen; die Stimmverteilung folgt dem Kapitalschlüssel. Sitz des ESM ist Luxemburg.

EFSF: Der jetzige Krisenfonds, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), arbeitet bis Juni 2013 weiter. Danach soll er nicht direkt in den ESM überführt werden, sondern die bis dahin laufenden Kredite und Anleihen vollends abwickeln. Immer noch strittig ist, wann und wie die Kreditsumme des EFSF auf sein nominales Volumen von 440 Milliarden Euro aufgestockt werden soll. Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums haben die Aufstockung im Grundsatz zwar beschlossen. Finnland sträubt sich aber weiterhin dagegen, die Bundesregierung will das Thema zumindest bis zu den Landtagswahlen am Wochenende unter der Decke halten.

Quelle: FAZ

Die Inhalte dieses News-Letter dienen der allgemeinen Information und werden regelmäßig aktualisiert und überprüft. Der Investmentclub übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Investmentclub, welche sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen. Die auf diesen Seiten angegebenen Wertentwicklungen beziehen sich auf die Vergangenheit und sind keine Garantie für zukünftige Entwicklungen. Die Informationen können eine kompetente persönliche Beratung von Fachleuten NICHT ersetzen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Raiffeisen InvestmentClub www.raiffeisen.it/investmentclub
Redakteur: Gernot Häuffer Layout: Gruppe GUT Versand: Raiffeisenverband Südtirol